

CDU-Wirtschaftsrat:  
**Strategiepapier  
„Soziale Sicherheit  
braucht wirtschaft-  
lichen Erfolg“  
beschlossen** Seite 4

Frühjahresgutachten:  
**Wirtschaftsinstitute  
kritisieren Politik**  
Deutschland brauche  
endlich Reformen Seite 6

**Bauprojekte des  
Bundes häufig teurer  
und verzögert** Seite 11

**Koalition  
einigte sich auf  
Integrationsgesetz**  
Maßnahmenkatalog zur Terroris-  
musbekämpfung vereinbart Seite 12

Verschwendung  
von Steuergeld:  
**Bundesrechnungs-  
hof fordert  
Finanzreform** Seite 13

Die neue Landesregierung:  
**Frischer Wind  
und Kontinuität** Seite 18

**Kammern begrüßen  
Koalitionsvertrag** Seite 20

**Kosten für Roaming  
werden im Juni 2017  
komplett  
abgeschafft** Seite 26

## STIMMEN DES MITTELSTANDES

Dr. Joachim Pfeiffer MdB:

### Anstrengungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit verstärken

Die führenden Wirtschafts-institute haben im April ihre im Auftrag der Bundesregierung erstellte Analyse der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft vorgestellt. Hierzu erklärt der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Joachim Pfeiffer:



„Erfreulicherweise befindet sich Deutschland weiterhin in einem moderaten Aufschwung. Der Arbeitsmarkt bleibt in einer ausgezeichneten Verfassung, die Steuereinnahmen sind konstant hoch und der Bundeshaushalt ist strukturell ausgeglichen. Positiv ist auch, dass es vor allem der Binnenkonsum ist, der den Wirtschaftsaufschwung trägt. Noch immer profitiert Deutschland dabei von temporären Sonder-effekten wie dem geringen Ölpreis, dem schwachen Euro und den niedrigen Zinsen.

Nachdem das BIP 2015 um 1,7% angewachsen ist, wird für 2016 mit einem Wachstum von 1,6% und 2017 mit 1,5% gerechnet. Für 2016 wird zudem ein Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,2% prognostiziert, während die Anzahl der Erwerbstätigen bereits 2017 bei rund 44 Millionen liegen soll. Der staatliche Finanzsaldo wird 2016 mit 11 Milliarden Euro zwar weiterhin auf einem hohen Niveau liegen, er hat sich im Vergleich zu 2015 jedoch fast halbiert.

Es gilt nun, keine Selbstzufriedenheit aufkommen zu lassen, und die Anstrengungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken. Die momentane Situation ist vor allem auch das Ergebnis günstiger äußerer Umstände und nicht das Resultat gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit.

Ein zentrales Ziel muss es bleiben, von einer weiteren strikten Regulierung des Arbeitsmarktes abzusehen, etwa einer Verschärfung der Regelungen zu Werkverträgen und Zeitarbeit. Das gefährdet nicht nur Arbeitsplätze, sondern behindert auch massiv die dringend notwendige Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt.

Die momentanen Spielräume im Staatshaushalt sind primär das Ergebnis des aktuell

extrem niedrigen Zinsniveaus. Sie dürfen deshalb nicht zu leichtfertigen Dauerausgaben verleiten. Verteilungspolitische Maßnahmen, die dauerhaft größere Belastungen für die öffentlichen Haushalte schaffen, sind abzulehnen. Sozialpolitische Geschenke wie beispielsweise die sogenannte Lebensleistungsrente werden nachfolgende Generationen noch stärker belasten.

Von zentraler Bedeutung sind zudem die anstehenden energiepolitischen Entscheidungen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien liegt inzwischen weit über dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Korridor, während der notwendige Netzausbau damit nicht Schritt hält. Dadurch wird mit Milliardenkosten Strom für die Müllhalde produziert. Verbraucher und Industrie zahlen die steigenden Kosten. Hier gilt es, den Ausbau auf den im Koalitionsvertrag vereinbarten Pfad zurückzuführen, um zunächst einmal die Netz- und Marktintegration der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Maßnahmen, die Strompreise noch mehr in die Höhe treiben, Arbeitsplätze gefährden und die industrielle Basis Deutschlands weiter belasten, sind unbedingt zu vermeiden.“ <<<

Nicht gerade einzigartig – aber perfekt!



**autenrieth.**  
kunststofftechnik [www.autenrieth-kunststofftechnik.de](http://www.autenrieth-kunststofftechnik.de)

